

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D12	15. September 2021
--------------------	---------------------------

D12-1	Was und wen wählen ? (Jörn Kruse)	2
D12-2	Strategisches Wählen bei der Bundestagswahl – Revisited (Jan Thieme)	6
D12-3	Energiesicherheit: Wie das Thema „Versorgungssicherheit“ aus dem Wahlkampf herausgehalten wird (Ulrike Trebesius)	10
D12-4	Migration: Wie das Thema „Zuwanderung“ aus dem Wahlkampf herausgehalten wird (Ulrike Trebesius)	12
D12-5	Corona - Kein Thema im Bundestagswahlkampf ? (Ulrike Trebesius)	14
D12-6	Die Mär vom Kursschwenk der CDU unter Angela Merkel. Eine kurze Geschichte der jüngeren Zeit (Jan Thieme)	15
D12-7	Die schöne neue Welt der Lastenfahrräder (Ulrike Trebesius)	21
D12-8	Koalitionstheater und Regierungsbildung (Jörn Kruse)	23

Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:

diskurshamburg@gmail.com .

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Wenn Sie einen Beitrag in DISKURS veröffentlichen möchten, senden sie ihn bitte im Word-Format an die genannte Mail-Adresse.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann kommentiert werden.

D12-1

Was und wen wählen ?

Jörn Kruse

Was ist los mit Deutschlands Wählern, oder genauer, mit den Beantwortern der Sonntags-frage? Jetzt scheinen ihre Einschätzungen der jeweiligen Spitzenkandidaten ihre Antworten auf die parteibezogene Sonntagsfrage „Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ dramatisch zu beeinflussen.

In unserer Parlamentarischen Demokratie entscheiden jedoch grundsätzlich die relative Stärke der Fraktionen und die Koalitionsvereinbarung, die von den Parteifunktionären ausgehandelt wird, was politisch läuft oder nicht läuft in Deutschland. Nur in der (mehr oder minder großen) sekundären Wirkung auf ihre Zweitstimme bei der Bundestagswahl hat die Frage eine Bedeutung, für wie kompetent, sympathisch, glaubwürdig etc die Bürger die Spitzenkandidaten halten.

Es lohnt sich, die drei nach den gegenwärtigen Umfrageergebnissen größten Parteien einmal zusammen mit ihren Spitzenpersonen zu betrachten. Wo soll ich mein Kreuz machen?

Die CDU, Merkel und Laschet

Das Problem der CDU als Rekord-Regierungspartei besteht jetzt darin, dass sie von der Dauerkanzlerin Angela Merkel inhaltlich völlig entkernt worden ist. Sehr viele Bürger wissen überhaupt nicht mehr, wofür die CDU politisch eigentlich steht. Und ob sie überhaupt für irgendetwas steht, worauf man bauen kann. Früher war die CDU (die CSU ist hier immer mitgemeint) noch eine konservative Volkspartei, die für die soziale Marktwirtschaft stand, die sie nach dem Weltkrieg erfolgreich installiert hat und die die Basis unseres Wohlstands ist. Sie stand für innere und äußere Sicherheit, was funktionierende Institutionen im Innern, eine kluge Außenpolitik und eine einsatzfähige Bundeswehr einschloss.

Es war dagegen immer schon eine Schwäche der CDU, dass sie aufgrund ihrer inneren Diskursunfähigkeit ihre Langzeit-Kanzler nicht rechtzeitig verabschiedet hat.

Da wir leider (anders als die Vereinigten Staaten) keine Amtszeitbegrenzung von 8 Jahren haben, musste deren impulsfreie Weiter-so-Amtsverwaltung in den letzten Legislaturen ihrer Amtszeit von der Gesellschaft ertragen werden. Das galt für Adenauer und Kohl ebenso wie für Merkel. Letztere hat immer nur nach kurzfristigen Beliebtheitswerten Politik gemacht (und sich so im Amt gehalten) und die notwendigen Investitionen in die Zukunft des Landes gar nicht erst in den Blick genommen hat. Das merkt man heute an den maroden Infrastrukturen, an der zurückhängenden Digitalisierung, an den Folgen einer mangelnden Aufmerksamkeit für Wissenschaft und Innovation, an der völlig kaputtgesparten Bundeswehr, die bei den Nato-Partnern ebenso wie die deutsche Außenpolitik nur noch Kopfschütteln auslöst. Gänzlich ungelöst ist zum Beispiel auch das seit Jahrzehnten bestehende Rentenproblem. Eine/n Bundeskanzler/in der/die um die großen Nachhaltigkeitsprobleme der Gesellschaft herumregiert und diese nicht anpackt, braucht Deutschland eigentlich nicht.

Gleichzeitig sind die Merkel-Jahre durch eine zunehmende deutsche Mittelmäßigkeit gekennzeichnet. Leistungsorientierung und Exzellenz waren früher einmal. Das entsprechende Selbstbild -- bei Politikern, Medien und Bürgern -- verblasst aus Eitelkeit offenbar nur sehr langsam. Eine besondere Mittelmäßigkeit kennzeichnet die Politische Klasse in Deutschland, was man auch an den Bundesminister/innen festmachen kann, an deren Fachkompetenz und Tatkraft Angela Merkel offenbar keinerlei Interesse hatte. Wenn man sich vorstellt, dass

Deutschland auf europäischer (und gegebenenfalls auch globaler) Ebene durch Personen wie Peter Altmaier, Annegret Kramp-Karrenbauer, Heiko Maas, Horst Seehofer, Andreas Scheuer, Anja Karliczek, Svenja Schulze etc. vertreten wird, möchte man im Boden versinken. Irgendetwas läuft gänzlich schief bei der Rekrutierung für politische Spitzenämter in Deutschland. Die aktuelle Verantwortung haben immer die Kanzlerin und die Regierungsparteien, die natürlich -- wenn sie denn wirklich an inhaltlichen Erfolgen auf den einzelnen Politikfeldern interessiert wären und nicht nur an den Posten -- auch erfahrene Fachleute ins Kabinett berufen könnten (von innerhalb oder außerhalb ihrer Parteien).

Merkel neigt zu einsamen Entscheidungen und blindem Aktionismus z.B. bei der Energiewende (Fukushima-Tsunami) und bei ihrer unkontrollierten Grenzöffnung, was beides ihr Europagerede widerlegt hat. Zu den "Methoden Merkel" gehört es ferner, eigene Fehler mit deutschen Steuermillionen zuzukleistern und sich bei ausländischen Potentaten in China, Türkei etc. anzubiedern. Zuletzt zeigte die Katastrophe in Afghanistan, die durch Inkompetenz und Charakterlosigkeit entstanden ist, ein deutsches Regierungsversagen, wie ich es mir früher nie hätte vorstellen können. Angela Merkel ist die verantwortliche Regierungschefin, auch wenn die zuständigen Außen- und Verteidigungsminister (und auch die Innen- und Entwicklungsminister), die unmittelbare Verantwortung tragen. Dafür hätte man sie entlassen müssen, wenn sie schon nicht selbst zurücktreten. Ohne den kompetenten und tapferen Einsatz der Bundeswehrsoldaten in den kritischen Tagen am Flughafen Kabul wäre das deutsche Desaster noch viel größer ausgefallen.

Diese Formulierungen klingen so, als hätten wir ein Präsidialsystem wie in den USA, bei dem der Regierungschef weitgehend frei entscheiden kann. Tatsächlich haben wir jedoch eine Parlamentarische Demokratie, bei der die Regierung permanent vom Bundestag abhängig ist. In einem solchen System ist allerdings die Opposition für reale Entscheidungen weitgehend irrelevant, da sie jederzeit (auch ganz unabhängig von den Inhalten) von der Regierungsmehrheit überstimmt werden kann, was auch tatsächlich regelmäßig der Fall ist.¹ Aus unserem politischen System folgt, dass eine parlamentarische Kontrolle de facto nur von Politikern der Regierungsfractionen ausgeübt werden kann. Die CDU-Politiker, die oft andere Meinungen als Angela Merkel hatten, haben dabei aber regelmäßig versagt, weil in der CDU keine Diskussionskultur herrscht und jeder eine verzagte Angst um seine eigene Karriere hat.² CDU-Politiker ducken sich lieber weg. So entwickeln sich aber auch keine demokratischen Führungspersönlichkeiten.

Mit solcher Trägheit und Diskursverweigerung kann eine erfolgsverwöhnte Partei wie die CDU zwar eventuell ein Weiter-so verwalten, aber keine Zukunft gestalten. Vier Regierungsperioden Merkel (davon drei mit der rein verteilungspolitisch aufgestellten SPD) haben einen derartig gravierenden Reformbedarf entstehen lassen, dass eigentlich eine echte Aufbruchstimmung und

¹ Ein entlavendes Beispiel hat der CDU-Politiker Norbert Röttgen neulich in einer Talkshow gegeben als es um das grauenhafte Versagen der Bundesregierung ging, die gefährdeten Personen nicht (wie Frankreich und andere Länder schon im Mai) frühzeitig aus Afghanistan ausgeflogen zu haben. Auf die Frage der Moderatorin, warum die CDU/CSU-Fraktion und er selbst nicht einem frühzeitigen Antrag der Grünen zugestimmt haben, der genau das gefordert hatte, sagte er sinngemäß: So funktioniert die Parlamentarische Demokratie nicht, dass eine Regierungsfraction einem Oppositionsantrag zustimmt. Mit anderen Worten: Die Oppositionspolitiker sind irrelevant und reden nur für die Kameras und die sozialen Medien. Vgl. dazu auch Kruse (2021), Bürger an die Macht, Stuttgart, S. 116.

² Als die 2018 gerade neugewählte Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer es trotzdem gewagt hat, den innerhalb der Partei vorhandenen Unmut über Merckels Grenzöffnung 2015/16 und die resultierenden Integrationsprobleme in einen Diskussionsprozess zu überführen, wurde sie von der CDU-Kanzlerin sogleich ins politische Abseits gestellt. Mindestens ebenso schlimm ist, dass der Rest der Partei sich das gefallen lässt. So kann eine demokratische Partei nicht funktionieren.

viel Tatkraft nötig wäre. Das erforderte allerdings auch eine/n Kanzlerkandidaten/in, der/die frei genug ist, die Probleme zukunftsorientiert anzugehen, ohne sich dauernd durch die Merkel-Relikte behindern zu lassen.

Ein solcher Kanzlerkandidat hätte Friedrich Merz sein könnten, der das Selbstbewusstsein, die Fachkompetenz und den Gestaltungswillen hat, die Reformen anzupacken und die deutsche Regierung entsprechend aufzustellen. Merz hätte auch nicht so mittelmäßige Ja-Sager zu Ministern gemacht, wie das vor allem für die letzte Merkel-Regierung typisch war. Für eine Wahl von Merz waren die CDU-Parteitage delegierten jedoch zu mutlos und zu provinziell. Leider reflektiert das auch die Entwicklung in Deutschland insgesamt. Masse statt Klasse wird wohl auch den nächsten Bundestag kennzeichnen.

Armin Laschet und Markus Söder sind jeweils auf der Merkel-Schiene unterwegs gewesen, was besonders risikolos zu sein schien. Die unmittelbare Folge dieser opportunistischen Ängstlichkeit war es aber auch, dass die beiden Ministerpräsidenten es schwer hatten, als bundespolitische Führungspersönlichkeiten wahrgenommen zu werden.

Während Armin Laschet immerhin auch Bundestags- und Europa-Abgeordneter war, haftet Markus Söder das Bayrisch-Provinzielle an, das am Mikrofon auch durch breitbeiniges Verkünden des Üblichen nicht kompensiert werden kann. Während Söders Opportunismus („Ich vertrete alles, was mir dient“) schnell offensichtlich wurde, zeigt Laschet in seinem Bereich immerhin ein abwägendes Entscheidungsverhalten und ein offenes Ohr für Experten. Er wäre von beiden wohl der besser Bundeskanzler, aber Söder wohl der bessere Kandidat im Wahlkampf.

Besonders nachteilig war bei beiden das Fehlen von inhaltlichen Kernpunkten, die die Zukunftsaufgaben markieren und sich von der Merkel-Vergangenheit eines trägen Weiter-so öffentlich sichtbar abheben. Das wäre eigentlich in Anbetracht des immensen Handlungsbedarfs, das die letzten großen Koalitionen hinterlassen haben, besonders einfach gewesen. Allerdings trifft dieser Vorwurf auch die CDU-Politiker insgesamt, die sich eher weggeduckt haben als mit inhaltlichen Aussagen die mediale Diskussion zu bestimmen, die stattdessen (mit Unterstützung der meisten Journalisten) von grünen Träumen gefüllt wurde.

Dass an Kanzlerkandidat Armin Laschet allerhand Marginale (z.B. unfotogenes Lachen nach dem Hochwasser) rumgemäkelt wurde, liegt einerseits am Mangel an Inhalten und andererseits an den linksgrünen Journalisten (insbesondere der öffentlich-rechtlichen Anstalten), die ihre Favoriten nach vorne bringen wollen, wie sie das schon lange tun.

Völlig unverständlich ist allerdings die Tatsache, dass Armin Laschet nicht schon im Februar ein überzeugendes Kompetenzteam gebildet hat, das kantige programmatische Aussagen hätte machen können, die die Konkurrenten herausfordern und den gesellschaftlichen Diskurs bestimmt hätten. Fürchtete er die innerparteiliche Konkurrenz? Das wird ihn möglicherweise den Sieg kosten. In Anbetracht der konkreten Alternativen für die Regierungsbildung finde ich dies jedoch sehr bedauerlich.

Die Grünen und Annalena Baerbock

Ein Hauptproblem der Grünen ist Annalena Baerbock. Eine Partei, die eine Person ohne Studienabschluss oder sonstige Berufsausbildung, ohne jegliche Erfahrung in einem öffentlichen Amt, dafür mit einem hochstaplerischen Lebenslaufversuch und einem plagiierten Buch, zur Kanzlerkandidatin macht, kann nicht ganz bei Trost sein. Annalena Baerbock macht auch nie den Eindruck, als würde sie viel verstehen von den Themen, über die sie redet. Und das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Aufgabenfeld einer Kanzlerin. Von einer solchen Dilettantin möchte ich nicht regiert werden. Würde sie tatsächlich gewählt, würde sie quasi die sichtbare

Spitze der Inkompetenz und Mittelmäßigkeit der Politischen Klasse in Deutschland bilden. Annalena wäre wohl eher als Oberlehrerin in Bullerbü geeignet.

Die Baerbock-Spitzenkandidatur ist insofern unverständlich, als mit dem Co-Vorsitzenden Robert Habeck eine konkrete Alternative vorhanden war. Robert Habeck, ähnlich sympathisch und gutaussehend wie Annalena Baerbock, gibt zwar ebenfalls viel Wolkiges von sich, ist aber bezüglich Ausbildung, Promotion und Ministererfahrung eine ganz andere Liga als Annalena Baerbock. Diese ist allerdings eine Frau und die Frauenkarte sticht bei den Grünen mehr als irgendwo sonst in der Gesellschaft. Der Absturz der grünen Umfrageergebnisse geht überwiegend auf das Konto von Annalena Baerbock, die sich auch andere nicht als Kanzlerin vorstellen können.

Die Grünen stehen vor allem für „Umwelt und Klima“. Diese Themen sind ehrenwert und wichtig. Allerdings sind sie auch ein wesentlicher Teil der Programmatik jeder anderen Partei von Bedeutung für die Regierungsbildung. Dort sind sie jedoch nicht selten mit mehr (insbesondere ökonomischer) Fachkompetenz (Arbeitsplätze) unterlegt und man traut ihnen mehr Augenmaß für die praktische Politik zu als den Grünen.

Wenn man den Grünen zuhört oder ihre Texte liest, erwartet man eine radikale Klimapolitik ohne Rücksicht auf die Lebensqualität der Menschen und das Fortbestehen deutscher Arbeitsplätze. Wenn man bedenkt, dass Deutschland nur 2% zum globalen CO₂-Ausstoß beiträgt und die Hauptemittenten China 30% und USA 14%,³ stellen sich die Fragen nach den quantitativen und wertmäßigen Relationen. Wie wäre der quantitative Nettoeffekt deutscher Klimaanstrengungen auf den globalen CO₂-Ausstoß und -- viele Jahrzehnte später -- auf den Klimawandel? Wie viele Arbeitsplatzverluste und wie viele Einbußen an Lebensqualität sollte und könnte man dafür in Kauf nehmen? Eine rationale Klimapolitik in Deutschland ist vor allem eine Frage von Technologien und Innovationen, nicht von moralischer Überheblichkeit. Von Letzterem haben die Grünen (hier und auf anderen Feldern) seit langem überreichlich, von Ersterem eher weniger.

Die SPD und Olaf Scholz

Das "politische Pfund" der SPD im gegenwärtigen Wahlkampf ist Olaf Scholz -- allerdings fast das einzige. Nachdem die SPD 2017 ein extrem schlechtes Ergebnis von 20,5 % erzielt hatte, hing sie danach (auch nach der Scholz-Ernennung 2020) bei 14-16 % in den Umfragen fest. Weil die nominalen Kanzlerkonkurrenten Laschet und Baerbock öffentlich sehr schlecht bewertet wurden und man Olaf Scholz mehr Kompetenz und Führungskraft zutraute, zog er in den Umfragen auch seine SPD mit nach oben. Die Befragten folgten offensichtlich dem alten CDU-Spruch "Auf den Kanzler kommt es an". Die politischen Führungsqualitäten würde ich Olaf Scholz, den ich in der Hamburgischen Bürgerschaft drei Jahre aus der Nähe beobachten konnte, auch nicht absprechen.

Das Problem von Olaf Scholz ist seine Partei. Die SPD ist in den letzten zwei Jahrzehnten immer weiter nach links gerückt. Sie hat sich damit von den Positionen entfernt, die sie hatte, als sie noch Bundeskanzler (Brandt, Schmidt, Schröder) stellen konnte. Im gleichen Zuge hat sie das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit eingebüsst, die sie früher einmal hatte, als Programm und Führungspersonen noch Seriosität ausstrahlten.

Der Marsch nach links war keine Funktionärsentscheidung, die auch mal erratisch ausfallen könnte. Er ist das Ergebnis einer fundamentalen Veränderung in der aktiven Mitgliedschaft. Dies wurde überdeutlich bei der extrem aufwendigen Mitgliederentscheidung über den

³ China nimmt allein in diesem Jahr 24 neue Kohlekraftwerke in Betrieb und weltweit sind ca. 1300 in Planung.

Parteivorsitz nach den blamablen Abstürzen von Martin Schulz und Andrea Nahles. Gewählt wurde nicht Olaf Scholz, den die Parteimitglieder offenbar für zu rechts (und vielleicht auch für zu vernünftig) hielten, sondern Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans von den Hinterbänken bzw. aus dem Ruhestand (nach tatkräftigem Strippenziehen vom Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert, der jetzt Partei-Vize ist). Eine Partei, die solche linken, substanzlosen Schwätzer wie Saskia Esken und Kevin Kühnert an die Spitze wählt, sollte bei der Bildung einer Bundesregierung eigentlich gar nicht in Betracht kommen. Die Realität ist jedoch eine andere.

Die frühzeitige Ausrufung von Olaf Scholz zum SPD-Kanzlerkandidaten war eine polit-strategische Meisterleistung. Noch weit mehr gilt das allerdings für das "Verstecken" von Saskia Esken und Kevin Kühnert im Wahlkampf. Die Konkurrenzparteien können es nur bedauern, dass diese so wenig öffentlich in Erscheinung treten und sie eine so geringe Medien-Coverage erfahren, ganz sicher auch nicht zufällig.

Das wird sich jedoch am Tag nach der Bundestagswahl ändern, wenn die Bürger ihre Blancoschecks ausgestellt haben. Über die genannten Personen hinaus wird die gesamte SPD-Bundestagsfraktion deutlich weiter links stehen als die vorherigen, die zum Teil noch das Image der Partei bei den Bürgern prägen. Ein klares Indiz dafür ist die Weigerung von Olaf Scholz, eine Koalition mit der Linkspartei auszuschließen. Dass er selbst die Linken nicht im Kabinett haben möchte, glaube ich ihm gern. Er fürchtet jedoch die quantitative Macht seiner eigenen Parteilinken, die gern Rot-rot-grün hätten.

Heute ist Olaf Scholz der König, dem seine Parteifreunde nur danken können. Nach der Wahl ist er jedoch von denen abhängig. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Linkspartei sich als Eintrittsbillet in die Regierung taktisch zur Nato bekennt und wir genau die rot-rot-grüne Regierung bekommen, die ich für eine Katastrophe für unsere Gesellschaft halte. Der einzige zuverlässige Schutz wäre, dass deren Mandate nach der Wahl hoffentlich nicht für eine Mehrheit im Bundestag reichen.

Ich selbst wähle am 26. September mit meiner Zweitstimme wieder FDP. Mehr kann ich nicht tun, um das Schlimmste zu verhindern. Optimismus sieht anders aus.

D12-2

Strategisches Wählen bei der Bundestagswahl – Revisited

Jan Thieme

Der Autor hatte in der Ausgabe D8-2 dieses Diskursforums einen Beitrag zum strategischen Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021 mit dem paradoxen Ergebnis veröffentlicht, dass bürgerliche Wähler die Grünen wählen sollten. Der Autor hatte am Ende seines Beitrages jedoch auch festgestellt: „Wenn sich der Bezugsrahmen von Umfragen und wahrscheinlichen Koalitionsbildungen ändert, ändert sich auch das strategische Wahlverhalten.“ Gegenüber Mitte Mai 2021 hat sich nun, knapp zwei Wochen vor der Wahl, die Umfragelage so erheblich verändert, dass eine erneute Befassung mit dem Thema angebracht ist.

Rechnerisch mögliche Koalitionsbildungen

Beginnen wir wieder mit den letztverfügbaren Umfrageergebnissen:

Partei	Stimmen	Mandate
AfD	11,3	12,1
FDP	12,8	13,7
Union	21,8	23,4
Grüne	15,5	16,7
SPD	25,5	27,4
Linke	6,3	6,7
Sonstige	7,0	-

Umfrageergebnisse (Durchschnitt GMS 8.-13.9.21 und INSA 10.-13.9.21)

Die Komplikation der bei dieser Wahl vielfältig möglichen Stimmen- und Koalitionsergebnisse wird jetzt durch ein stark vereinfachtes Simulationsmodell abgebildet:

1. Der Anteil der „Sonstigen“ wird vorab um 1,5 Prozentpunkte reduziert (bei der Bundestagswahl 2017: 5,0 Prozent) und zu zwei Dritteln der Union und einem Drittel der SPD zugerechnet, da unterstellt wird, dass diese Parteien ihr Potential nicht ausgeschöpft haben.
2. Die Stimmenanteile der Union werden alternativ um -15%, 0%, und +15%, also auf 18,5%, 21,8% und 25,1% variiert. Eine darüber hinausgehende Variationsspannweite würde über den eingangs erwähnten Bezugsrahmen für ein strategisches Wahlverhalten hinausgehen. Die Differenz zum Umfragewert wird jeweils zu gleichen Teilen auf die FDP und die SPD verteilt: Die Hälfte der Stimmen wechselt im bürgerlichen Lager, die andere zwischen den Parteien der hauptsächlich konkurrierenden Kanzlerkandidaten.
3. Die Stimmenanteile der Grünen werden ebenso alternativ um -15%, 0%, und +15% variiert, und die Differenz wird zu gleichen Teilen aus denselben Gründen wie unter 2. auf die Union und die SPD verteilt.
4. Die Anteile der nicht entscheidenden Parteien AfD und Linke werden nicht variiert.
5. Für die Variationen (-15%, 0%, +15%) werden für Union wie Grüne die Wahrscheinlichkeitsverteilungen (20%, 60%, 20%) angenommen. Da die Ereignisse als voneinander unabhängig angenommen werden (Das Ansehen der Kanzlerkandidaten Laschet und Baerbock hängt nicht voneinander ab.), sind die Wahrscheinlichkeiten miteinander zu multiplizieren, also z.B. für den Fall, dass die Stimmenergebnisse sowohl der Grünen als auch der Union um -15% von den Umfragewerten abweichen: $20\% \times 20\% = 4\%$.

Unter diesen Voraussetzungen errechnet sich für die neun Fälle die nachstehende Tabelle:

Abweichung Umfrage	Union:	-15,0		0,0		15,0		Summe
Grüne:	Wahrscheinlichkeit	20,0		60,0		20,0		100,0
-15,0	20,0	4,0	1.1	12,0	1.2	4,0	1.3	20,0
	Große Koalition	100	52,3	100	54,0	0	55,8	16,0
	Grüne Ampel	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0,0
	Rote Ampel	0	59,6	0	56,2	100	52,7	4,0
	Rote Deutschland	0	67,5	0	67,5	0	0,0	0,0
	Schw. Deutschland	0	0,0	0	0,0	0	67,5	0,0
	Jamaika	0	51,0	0	52,7	0	54,5	0,0
	Linkskoalition	0	51,0	0	49,3	0	47,6	0,0
0,0	60,0	12,0	2.1	36,00	2.2	12,0	2.3	60,0
	Große Koalition	0	49,9	100	51,6	0	53,3	36,0
	Grüne Ampel	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0,0
	Rote Ampel	75	60,9	0	57,4	100	54,0	21,0
	Rote Deutschland	0	65,1	0	65,1	0	0,0	0,0
	Schw. Deutschland	0	0,0	0	0,0	0	65,1	0,0
	Jamaika	0	52,2	0	54,0	0	55,7	0,0
	Linkskoalition	25	52,3	0	50,5	0	48,8	3,0
15,0	20,0	4,00	3.1	12,0	3.2	4,00	3.3	20,0
	Große Koalition	0	47,4	0	46,4	0	50,9	0,0
	Grüne Ampel	0	0,0	0	0,0	0	0,0	0,0
	Rote Ampel	75	62,1	75	58,6	100	55,2	16,0
	Rote Deutschland	0	62,6	0	62,6	0	0,0	0,0
	Schw. Deutschland	0	0,0	0	0,0	0	62,6	0,0
	Jamaika	0	53,5	0	55,2	0	56,9	0,0
	Linkskoalition	25	53,5	25	51,8	0	50,0	4,0
Summe alle Koalitionen								100,0
Summe	Große Koalition	SPD (Kanzleramt) + Union						52,0
Summe	Grüne Ampel	Grüne (Kanzleramt) + SPD + FDP						0,0
Summe	Rote Ampel	SPD (Kanzleramt) + Grüne + FDP						41,0
Summe	Rote Deutschland	SPD (Kanzleramt) + Union + FDP						0,0
Summe	Schw. Deutschland	Union (Kanzleramt) + SPD + FDP						0,0
Summe	Jamaika	Union (Kanzleramt) + Grüne + FDP						0,0
Summe	Linkskoalition	SPD(Kanzleramt) + Grüne + Linke						7,0

Mandatsverteilungen und Koalitionswahrscheinlichkeiten (Angaben in Prozent)

Abweichung vom Umfragewert (gelb) für Union nach Spalten, für Grüne nach Zeilen; dazu Wahrscheinlichkeit violett unterlegt. Wahrscheinlichkeit für neun Variationen im orangen bzw. blauen Feld jeweils links oben, darunter Koalitionswahrscheinlichkeit. z.B. Abweichung Grüne -15%/Union -15% (Variation 1.1), Wahrscheinlichkeit für Große Koalition mit 52,3% der Mandate = 100%.

Summation in der Randspalte, z.B. für Große Koalition: $4\% \times 100\% + 12\% \times 100\% + 4\% \times 100\% = 20\%$ (Varianten 1.1+1.2+1.3.)

Zur Wahrscheinlichkeit der Koalitionsbildungen siehe den entsprechenden Abschnitt.

Annahmen über das Parteienverhalten

Schließlich rufen wir uns die Annahmen über das Parteienverhalten aus dem Beitrag D8-2 in Erinnerung, wobei die Annahmen in dieser Reihenfolge priorisiert sind:

A1 Kanzleramt: Parteien, die das Kanzleramt besetzen könnten, bevorzugen eine Koalition, in der sie das Kanzleramt auch besetzen.

A2 Regieren: Parteien wollen möglichst viele Regierungspositionen besetzen, also lieber regieren als in die Opposition gehen. Und sie ziehen eine Koalition vor, in der ihr relatives Gewicht höher ist, z.B. eine 2er- vor einer 3er-Koalition.

A3 Stabilität: Parteien, die das Kanzleramt besetzen können, bevorzugen die stabilere Koalition: 2er- vor 3er-Koalitionen und wahrscheinlicher eine andere vor einer Linkskoalition.

A4 Programm: Parteien bevorzugen eine Koalition mit programmatisch näher stehenden Parteien gegenüber anderen Koalitionen.

Koalitionsbildungen

Für **Schwarz-Grün** reicht es rechnerisch in keinem Falle, noch nicht einmal, wenn Union und Grüne beide ihre Stimmenanteile um 15 Prozent gegenüber dem Umfrage-Ergebnis auf 42,9% der Mandate verbessern würden. Deshalb ist diese Koalition in der Tabelle auch gar nicht mehr dargestellt worden. Das gilt jedoch entgegen allen bisherigen Erwartungen nicht für die derzeit amtierende, sog. **Große Koalition** aus SPD und Union. Es sind nun mehrere Fallkombinationen möglich:

1. Wenn eine **Rote Große Koalition** (Große Koalition unter Kanzlerschaft der SPD ()) ist möglich ist (Fälle 1.1, 1.2, 2.2), wird sie wegen A2 (Regieren) und A3 (Stabilität) auch zustande kommen. Für die Union wäre die Große Koalition wegen A2 geradezu eine zwingende Option. Die SPD kann die Große Koalition in diesen Fällen gegen eine Rote Ampel abwägen, sofern sich die FDP dazu bereitfindet. Inhaltlich werden beide Optionen für die SPD ungefähr gleichwertig sein, so dass zu erwarten ist, dass sich die beiden Partner trotz Bedenken zusammenfinden werden, die schon über eine langjährige gemeinsame Koalitionserfahrung verfügen, diesmal eben unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft. Die in den Fällen 1.1 und 2.2 auch mögliche Linkskoalition wird wegen A3 nicht zustande kommen.
2. Wenn eine Schwarze Große Koalition möglich ist (Fälle 1.3, 2.3, 3.3) möglich ist, wird sie zustande aus denselben Gründen wie unter 1. Zustande kommen, da die SPD wegen A1 (Kanzleramt) nicht darauf eingehen und sich die FDP wegen A2 (Regieren) eher einer **Roten Ampel** anschließen wird. Eine Linkskoalition ist in diesen Fällen nicht möglich. Eine Jamaika-Koalition wird in diesen Fällen nicht zustande kommen, da die Grünen wegen A4 (Programm) nicht zur Union überlaufen werden. Wenn eine Große Koalition möglich ist, macht eine Deutschland-Koalition keinen Sinn mehr.
3. In den Fällen 2.1, 3.1, 3.2 sind eine **Rote Ampel** und eine **Linkskoalition** möglich. Die ebenfalls möglichen Jamaika- oder Rote Deutschland-Koalitionen kommen nicht zustande, da wegen A4 (Programm) weder Grüne noch SPD diese Option angesichts „besserer“ Alternativen verfolgen werden. Es kommt dann hier auf das Verhalten der FDP bzw. auf die Zugeständnisse der Ampel-Partner an die FDP an. Das Ergebnis ist unbestimmt, und die Wahrscheinlichkeit einer Roten Ampel wird als dreimal höher als die einer Linkskoalition (75% zu 25%) angenommen.

Rechnerisch wäre in jedem Fall noch eine schwarz-rot-grüne **Kenia-Koalition** möglich. Da die SPD aber in jedem Fall Alternativen mit einem höheren relativen Gewicht hätte, wird sie nicht zustande kommen.

Daraus errechnen sich die Wahrscheinlichkeiten der verschiedenen Koalitionsbildungen in den Fußzeilen der Tabelle. Die Rote Große Koalition dominiert mit 52,0 Prozent, gefolgt von einer Roten Ampel mit 41%. Den Kanzler würde in allen wahrscheinlichen Koalitionen die SPD stellen. Eine etwas breitere Wahrscheinlichkeitsverteilung (30%, 40%, 30%) der Abweichungen für Union und Grüne von den Umfragewerten würde das Verhältnis der errechneten Wahrscheinlichkeiten umkehren: Rote Große Koalition 37,0% und Rote Ampel 54,75%.

Strategisches Wahlverhalten

Wenn die eher **bürgerlichen Wähler** erwarten, durch ein höheres Relativgewicht der Union in einer Großen Koalition den sozialdemokratischen Einfluss begrenzen zu können, sollten sie strategisch die die Unionsparteien wählen. In jedem Fall verringern sie so noch weiter die Wahrscheinlichkeit für eine Linkskoalition. Eine Stimme für die FDP machte hingegen Sinn, wenn bürgerliche Wähler erwarten, dass es für eine Große Koalition unter SPD-Führung nicht reichen wird. Eine Stimme für die AfD würde in welcher Koalition auch immer das bürgerliche Gewicht schwächen.

Eher **linke Wähler**, die eine Große Koalition erwarten, sollten umgekehrt die SPD wählen, um deren relatives Gewicht zu stärken. Wenn sie erwarten, dass es für eine Große Koalition unter SPD-Führung nicht reichen wird, könnten sie die Grünen wählen, wenn ihnen in einer Roten Ampel die umweltpolitischen Anliegen wichtiger als die sozialpolitischen sind. Eine Stimme für die Linke würde an den Koalitionsoptionen nichts ändern.

Bei einem derartig unbestimmten Ausgang der Koalitionsbildung nach der Wahl rückt ein strategisches Wahlverhalten in den Hintergrund, und es wird sinnvoller, nicht nach den Koalitionspräferenzen, sondern nach den Parteipräferenzen zu wählen.

D12-3

Energiesicherheit: Wie das Thema „Versorgungssicherheit“ aus dem Wahlkampf herausgehalten wird

Ulrike Trebesius

Der Bundestagswahlkampf geht in die letzte Woche. Nachdem lang und breit diskutiert wurde, ob sich die drei Kanzlerkandidaten überhaupt dazu eignen, dieses Land zukünftig zu führen, geht es jetzt wohl endlich auch um Inhalte. Beachtenswert ist dabei nicht, was diskutiert, sondern was weggelassen wird. Nicht diskutiert wird beispielsweise, wie Deutschland zukünftig mit der Energieversorgung bzw. der Energiesicherheit umgehen möchte.

Dabei wird in diesem Land kaum ein Thema so breit diskutiert wie der Klimaschutz, der Ausstieg aus der Kohleversorgung und der Umstieg auf die sogenannten erneuerbaren Energien. Die CO₂-Bilanz unseres flächenmäßig sehr kleinen Landes ist das Thema in allen Talkshows, auch wenn die Frage, ob Deutschland denn das Weltklima im Alleingang retten kann, nicht von Belang zu sein scheint. Und wie bei allen Religionen geht es hier nicht um den fachlichen Austausch von Argumenten, sondern um den festen Glauben daran, unsere Industrie zukünftig mittels Windenergie versorgen zu können. Maßnahmen-Kritiker werden deshalb auch als „Leugner“ bezeichnet, ein probates Mittel, um unliebsame Sachargumente zu stigmatisieren. Dabei

bestreitet niemand einen Klimawandel. Und natürlich hat der Mensch Einfluss darauf. Doch wie groß dieser Einfluss ist und ob CO₂ das einzige Übel ist, wird überhaupt nicht mehr in Frage gestellt.

Anstatt die Diskussion auf die Sachebene herunterzubrechen und zu überlegen, wie in Deutschland zukünftig der Energiebedarf zu decken sei, debattieren parteienübergreifend alle darüber, ob wir Elektro-Autos oder Lastenfahrräder fahren wollen. Selbst wenn man wohlwollend rechnet, übernehmen die erneuerbaren Energien aus hauptsächlich Wind- und Solarenergie derzeit nur knapp 38 % der Grundversorgung unseres Landes. Trotzdem halten wir an dem selbstmörderischen Plan fest, bis 2030 auch noch aus der Kohleversorgung aussteigen zu wollen. Der Ausstieg aus der Kernenergie läuft bereits seit Jahren.

Warum fragt niemand nach, wie genau dann nicht nur unsere Industrie, sondern auch unsere Kühlschränke und Waschmaschinen, unsere PCs und unsere Elektro-Autos mit Strom versorgt werden sollen? Wie bereits jetzt mit Atomstrom aus Frankreich und Tschechien? Die Polen haben hier einen neuen Markt entdeckt. Da die Deutschen aus moralischen Erwägungen in knapp 8 Jahren keinen polnischen Kohlestrom mehr importieren wollen, bauen die Polen jetzt eben Kernkraftwerke. Wie auch die Schweden aus dem Mutterland von Greta, die wie alle Skandinavier Atomstrom als erneuerbare Energiequelle definieren. Warum weist Herr Laschet nicht darauf hin oder der smarte Herr Lindner von den sogenannten Liberalen? Alle dienen sich willfährig dem Zeitgeist an, anstatt einfach mal die sich praktisch aufwerfenden Fragen zu stellen: Wie stellen wir sicher, dass wir ab 2030 nicht im Dunkeln sitzen müssen, insbesondere, wenn wir bei einem Aus der Verbrennungsmotoren zukünftig einen noch höheren Energiebedarf abdecken müssen? Decken wir dies damit ab, indem wir unsere energie-intensiven Unternehmen (zumeist die, die unseren Wohlstand sichern) wie bereits jetzt ins Ausland vertreiben? Die Auto-Industrie nach China und die Stahlindustrie nach Frankreich?

Inwieweit machen wir unsere Stromversorgung vom Ausland abhängig und ist das clever? Und ist es tatsächlich nachhaltig? Wie gehen wir damit um, dass sich immer mehr Menschen in diesem Land den weltweit teuersten Strom nicht mehr leisten können? Und ist Umverteilung wirklich die Lösung? Welche Auswirkungen haben Windkraft- und Solaranlagen auf das Mikro-Klima? Inwieweit beschädigen wir unseren Wald, wenn wir riesige Windkraftanlagen in diese Ökosysteme pressen? Welche Auswirkungen hat dies auf Vögel- und Insekten-schwärme bzw. bei Offshore-Anlagen auf Fische und Meeressäuger? Wie hoch ist der Wirkungsgrad von Windkraftanlagen und Solar-Panels und wie aufwändig ist ihr Rückbau bzw. die Entsorgung? Und wie verhält es sich bei der Herstellung dieser Anlagen mit der „Klimaneutralität“?

Wie schon bei der Migration geht Deutschland mit der sogenannten „Energiewende“ weltweit einen Sonderweg, dem bislang kein anderes Land auf der Welt folgt. Im Gegenteil bauen fast alle Länder neue Kohle- und Kernkraftwerke. Wir berauben uns mit erschreckender Naivität und Dummheit der Grundlage unseres Wohlstandes. Alle dazu geführten Diskussionen im Wahlkampf gehen im Wesentlichen am Kern des Problems vorbei.

D12-4

Migration: Wie das Thema „Zuwanderung“ aus dem Wahlkampf herausgehalten wird

Ulrike Trebesius

Der Bundestagswahlkampf geht in die letzte Woche. Nachdem lang und breit diskutiert wurde, ob sich die drei Kanzlerkandidaten überhaupt dazu eignen, dieses Land zukünftig zu führen, geht es jetzt wohl endlich auch um Inhalte. Beachtenswert ist dabei nicht, was diskutiert, sondern was weggelassen wird. Nicht diskutiert wird beispielsweise, wie Deutschland zukünftig mit Migration umgehen möchte. Die amtierende Kanzlerin Angela Merkel hat kürzlich auf einer Podiumsdiskussion in Düsseldorf noch sagen dürfen, dass ihre Entscheidung aus dem Jahr 2015, Menschen aus aller Herren Länder unkontrolliert und unbegrenzt Zugang zu gewähren, richtig gewesen sei. Natürlich bestreitet sie auch, dass diese ihre Entscheidung zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt habe.

Jeder der mit offenen Augen durch dieses Land geht, weiß, dass die Spaltung erheblich ist und nicht nur unser Land, sondern die gesamte EU betrifft. Ich war im Jahr 2015 Mitglied des Europäischen Parlamentes und habe erlebt, wie meine Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten erst überrascht, dann belustigt und letztendlich entsetzt auf diesen deutschen Alleingang reagiert haben. Die Bundesregierung, die sonst immer alles auf Europäischer Ebene diskutieren möchte, hatte nämlich ohne die anderen Mitgliedsstaaten zu informieren oder zu konsultieren einfach Tatsachen geschaffen. Und dann eingefordert, die Konsequenzen dieses staatlichen Egoismus mitzutragen.

Den anderen Ländern, insbesondere denen, die ebenfalls Ziel dieser Zuwanderung waren, war durchaus bewusst, dass neben Menschen, die tatsächlich Anspruch auf Asyl oder subsidiärem Schutz haben, auch Menschen kommen werden, die einfach nur ein besseres Leben führen wollen. Nun ist der Wunsch, ein besseres Leben führen zu wollen nicht per se verwerflich. Im Gegenteil: er ist verständlich. Nur muss sich die aufnehmende Gesellschaft fragen, inwieweit sie in der Lage ist, Menschen aus anderen Regionen und Kulturen in diesem Land zu integrieren, ohne dass es zu schweren Verwerfungen oder eben Spaltungen in der Gesellschaft führt. Es wäre die Aufgabe der Regierung zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen diese Zuwanderung hat und welche Effekte auf Sozialsystem, Gesundheitsversorgung, Stadtentwicklung, Wohnungsmarkt, Bildungseinrichtungen usw. Das alles hat die Bundesregierung bis heute versäumt.

Während Deutschland im Jahre 2015 im Jubelrausch war, besoffen von der eigenen moralischen Überlegenheit und dem eigenen Gut-sein, reagierten die unterschiedlichen EU-Staaten ihren Temperamenten entsprechend. Die Griechen, die Italiener, die Franzosen und die Spanier, sie ließen nach außen hin die Deutschen gewähren, die sie aus finanzpolitischen Erwägungen nicht verprellen wollten, während sie sich entweder für eigene, mitunter unorthodoxe Schutzmaßnahmen ihrer Grenzen entschieden oder aber ankommende Migranten einfach nach Deutschland weiterschickten.

Es gab Länder wie Österreich, die bereit waren, strikte Maßnahmen einzuleiten, um der Situation Herr zu werden und den unbegrenzten Zustrom zu unterbinden. Bundeskanzler Sebastian Kurz schloß damals die sogenannte Balkan-Route, wovon auch unser Land partizipierte, ohne sich je dafür zu bedanken.

Und es gab Länder wie Ungarn und Polen, die von vornherein klar und deutlich gemacht haben, dass sie sich an dieser Form des unkontrollierten Zuzugs nicht beteiligen möchten. Nicht zuletzt

bis heute eine wesentliche Ursache dafür, warum diese Staaten immer wieder arrogant von Deutschland und der EU gemäßregelt und zu belehrt werden.

Obwohl von Anbeginn an klar war, dass Deutschland hier nach der ersten humanitären Hilfe einen Sonderweg beschreitet, hat sich in Deutschland jahrelang erfolgreich die Mär gehalten, die Politiker würden nach einer europäischen Lösung suchen. Dem aufmerksamen Beobachter – ich gehe davon aus, dass auch der Bundesregierung dies durchaus bewusst und bekannt war – war von Anfang an klar, dass sich die anderen Länder dieser europäischen Lösung verweigern werden. Beim Brexit-Referendum war die Migration das letzte Zünglein an der Waage, die die Briten aus der EU trieb.

Seit fast sechs Jahren duckt man sich in Deutschland jetzt weg, um die Konsequenzen dieses Politikversagens und damit des Versagens der Bundesregierung Merkel nicht diskutieren zu müssen. Die CDU kann es nicht tun, weil sie einen gigantischen Fehler eingestehen müsste. Die SPD kann es nicht tun, weil sie in der großen Koalition Merkels Kurs immer mitgetragen hat. Die Grünen wollen es nicht tun, weil sie nicht annähernd in der Lage sind, die sich aus der ungesteuerten Migration ergebenden Probleme zu begreifen.

Sozialdemokraten in anderen Ländern scheinen nicht nur wesentlich klüger, sondern auch wesentlich mutiger zu sein. Die junge dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat bereits im Wahlkampf zu den letzten Wahlen des europäischen Parlamentes im Jahr 2019 klar gemacht, dass sie in der Migration einen gänzlich anderen Weg einzuschlagen gedenkt. Die offene Debatte in Dänemark gepaart mit den restriktiven Lösungen haben dafür gesorgt, dass die rechtskonservative Dansk Folkeparti nahezu marginalisiert wurde und bei den Wahlergebnissen weit hinter den Erwartungen zurückblieb.

Mette Frederiksen hat sich übrigens nicht für diese Politik entschieden, weil sie herzlos ist oder rassistisch, sondern weil sie realistisch ist und weil sie als Sozialdemokratin für die Menschen Dänemarks Politik machen möchte. Denn es sind die Bürger, die mit den Problemen einer unbegrenzten und unkontrollierten Zuwanderung konfrontiert werden. Ob in ihren Wohnvierteln, den Schulen ihrer Kinder, beim Lohndumping insbesondere für niedrig qualifizierte Arbeiten usw. Nun hat die dänische Regierung, der Frau Frederiksen vorsteht, weitere harte Maßnahmen angekündigt. Einwanderern sollen nur noch dann staatliche Hilfen gezahlt werden, wenn sie arbeiten. Die Regelung ist zunächst für Zuwanderer vorgesehen, die seit mindestens 3 Jahren staatliche Leistungen in Dänemark beziehen.

Mit ihrer restriktiven Politik will die Ministerpräsidentin Migranten dazu zwingen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und nicht weiter die Sozialsysteme zu belasten. Sie will damit außerdem erzwingen, dass die Menschen in die dänische Gesellschaft integriert werden, denn Berufstätigkeit bedeutet auch, die Sprache lernen zu müssen, antiquierte Frauenbilder zu hinterfragen und schlicht einen Beitrag für die aufnehmende Gesellschaft zu leisten. Das dänische Modell ist übrigens kein Sondermodell, sondern ist fast auf der gesamten Welt verbreitet. Die einzigen Menschen, die sich hier absolute Naivität leisten und einen Sonderweg beschreiten, sind die Deutschen. Und sie diskutieren das nicht einmal zu richtungsweisenden Bundestagswahlen.

D12-5

Corona - Kein Thema im Bundestagswahlkampf ?

Ulrike Trebesius

Der Bundestagswahlkampf geht in die letzte Woche. Nachdem lang und breit diskutiert wurde, ob sich die drei Kanzlerkandidaten überhaupt dazu eignen, dieses Land zukünftig zu führen, geht es jetzt wohl endlich auch um Inhalte. Beachtenswert ist dabei nicht, was diskutiert, sondern was weggelassen wird. Nicht diskutiert wird beispielsweise, wie Deutschland zukünftig mit Corona umgehen möchte.

Die Corona Maßnahmen der letzten 19 Monate sind geprägt von widersprüchlichen Aussagen, gebrochenen Versprechen, Masken-Skandalen, Intensivbetten-Schwindel sowie der Unterdrückung von unliebsamen Meinungen. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer eine Impfung ablehnen oder die Maßnahmen kritisieren, werden samt und sonders stigmatisiert, verächtlich gemacht und in die rechte Ecke gestellt.

Bei allem Verständnis dafür, dass der Umgang mit dem Coronavirus von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie von gemachten Erfahrungen geprägt ist, ist der Umgang mit den Bürgern in diesem Lande einfach skandalös.

Erinnern Sie sich noch an die Aussage der Kanzlerin im Frühjahr 2020, als sie die Bevölkerung aufforderte, nur den öffentlichen Verlautbarungen zu folgen? Anstatt sich mit den unterschiedlichen Aussagen von unterschiedlichen Virologen angemessen auseinander zu setzen, wurde der Haus- und Hofvirologe Christian Drosten zum Gralshüter des pandemischen Geschehens und damit zur einzigen Stimme im Rahmen der Corona-Politik erklärt. Wer eine andere Meinung vertrat, wurde schnell aus dem Diskurs genommen.

Erinnern Sie sich an das Versprechen der Bundesregierung, dass alle Maßnahmen sofort aufgehoben werden würden, wenn alle Bürger in diesem Land ein Impf-Angebot hätten? Diesen Zeitpunkt haben wir nun längst erreicht und trotzdem werden die Maßnahmen nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar verstärkt und verlängert.

Erinnern Sie sich daran, wie viele Abgeordnete in den letzten Monaten mit Maskendeals aufgefallen sind? Oder die Maßnahmen bei offiziellen Dinnern, G7-Treffen oder Wahlkampf-Terminen gebrochen haben? Erinnern Sie sich daran, dass im November letzten Jahres 6000 Intensivbetten einfach aus der Statistik verschwunden sind? Man sollte doch meinen, dass ein Gesundheitsministerium in einer Pandemie Zeit die Zahl der Intensivbetten aufstockt, anstatt sie künstlich herunterzurechnen. Insbesondere ist dies deshalb sehr fragwürdig, da alle Lockdown-Maßnahmen mit einer möglichen Überlastung der Intensivbetten begründet wurden.

Erinnern Sie sich daran, dass wir bereits vor genau einem Jahr darüber diskutiert haben, wie Kinder, Schüler, Studenten mit den Belastungen umgehen, die sich aus Heimunterricht und sozialer Distanz ergeben? Erinnern Sie sich daran, dass wir bereits im letzten Schuljahr darüber diskutierten, dass in den Schulen Entlüftungsanlagen eingebaut werden müssten? Was genau ist seitdem geschehen? Genau. Nichts. Stattdessen sitzen getestete Grundschulkinder mit Masken im Unterricht, während Erwachsene abends ohne Masken im Restaurant zusammen essen und trinken.

Erinnern Sie sich daran, dass wir mögliche Kollateralschäden der restriktivem Lockdown-Politik diskutiert haben und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf die nachfolgende Generation betrachtet haben? Im zweiten Jahr der so genannten Corona- Pandemie befinden wir uns entweder in der Matrix oder aber im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

Die deutsche Bundesregierung hat sich dafür entschieden, dem chinesischen Weg zu folgen, anstatt den schwedischen Weg auch nur in Betracht zu ziehen. Und obwohl diese Pandemie wie kein Ereignis je zuvor in das Leben der Menschen eingreift und ihre Grundrechte einschränkt, wird es während des Bundestagswahlkampfes nicht thematisiert. Was die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes beruflich machen, bleibt zumindest hinsichtlich der sich stapelnden Klagen gegen die Maßnahmen ihr Geheimnis. Ein Großteil der Klagen wurde nach eigener Angabe auf der Homepage des BVerfG abgelehnt oder erledigten sich anderweitig.

Man könnte meinen, dass alle Parteien Vorteile darin sehen, die Bürger dieses Landes weiterhin zu gängeln, zu überwachen und die Geimpften gegen die Ungeimpften auszuspielen. Wenn die Menschen sich untereinander zanken, dann wenden sie sich nicht gegen die Verursacher der Maßnahmen.

Man könnte meinen, dass die zur Wahl antreten Parteien in ihrer großen Mehrheit davon ausgehen, dass die Bürger, die die Maßnahmen kritisieren beziehungsweise ablehnen nicht zur Wahl gehen werden. Man könnte meinen, dass die Bundesregierung glaubt, dass die Menschen nicht sehen, dass Großbritannien schon vor Monaten mit einem Freedom-Day und Dänemark ohne großes Aufheben alle Maßnahmen beendet hat. Eine Normalisierung des Lebens in Deutschland wird weiterhin nicht thematisiert.

Anstatt den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, versucht man ihnen zu drohen oder sie zu erpressen, sie zu verunglimpfen oder lächerlich zu machen. Das ist einer Demokratie nicht würdig. Die Corona-Maßnahmen scheinen bei der Bundestagswahl keine Rolle zu spielen. Doch es ist davon auszugehen, dass viele Menschen in diesem Land ihrer Wahlentscheidung genau davon abhängig machen werden.

D12-6

Die Mär vom Kursschwenk der CDU unter Angela Merkel

Eine kurze Geschichte der jüngeren Zeit

Jan Thieme

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte: Kohl war fällig

Ende August 1988 berichtete der *Spiegel* über eine von ihm beauftragte Umfrage: „Knapp sechs Jahre später [nach Regierungswechsel] würde es [für die CDU/CSU] nicht mal mehr mit der FDP zusammen zur Mehrheit reichen. ... Für die SPD würde es zu einer Regierungsmehrheit entweder mit den Grünen ... oder mit der FDP langen.“ Von der 1982 angekündigten „geistig-moralischen Wende“ war im Lande nichts zu spüren; es interessierte auch niemanden. Vom Lambsdorff-Papier war kaum etwas umgesetzt; Kanzler Schröder musste mit seiner *Agenda 2010* weit darüber hinausgehen. Der innenpolitisch desinteressierte Kanzler schob überfällige Reformen nicht an und verwaltete das Land lediglich, und zwar schlecht: Während der Regierungszeit von Helmut Schmidt lag die Arbeitslosenquote um 4 Prozent; während der Kohl-Jahre vor(!) der Wende hielt sie sich stabil um 9 Prozent.

Das beherzte Zugreifen nach dem Fall der Mauer rettete den eigentlich fällig gewesenen Kanzler der deutschen Einheit, und die SPD unter ihrem Vorsitzenden Lafontaine hatte die Wahl „verdient verloren“ (Helmut Schmidt). Aber die deutsche Vereinigung brachte neue Probleme. Die Arbeitslosenquote stieg nach kurzem Vereinigungsboom in den alten Bundesländern bis zum Wahljahr 1998 auf über 10 Prozent und in den neuen Ländern auf 19 Prozent. Beschäftigung ist die politische Schlüsselgröße; von ihr hängt alles ab: die Lohnerhöhungsspielräume

der Gewerkschaften, die Beitragshöhe der Sozialkassen, die Steuereinnahmen und, last not least, die Stimmung der arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Wähler.

Schröder erledigt Kohls versäumte Reformen

Nach 16 Jahren wollten die Wähler den Kanzler der Einheit nicht mehr, zumal die Landschaften im Osten noch keineswegs blühten. SPD und Grüne gewannen 1998 die Wahl. Das große Projekt der neuen Regierung war der Atomausstieg, der unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe (1986) und des ungeklärten Endlagerproblems gesellschaftlichen Frieden stiftete und dabei durch langfristige Vereinbarungen mit den Stromerzeugern Versorgungssicherheit gewährleistete. Die Wahl 2002 wurde wegen der populären Weigerung, sich nicht am Irak-Krieg zu beteiligen, noch knapp gewonnen. Doch hatte sich die Arbeitslosenquote auf über 10 Prozent im Westen und 19 Prozent im Osten gehalten, und der Druck auf die Regierung stieg. Am 14. März 2003 leistete sie mit der *Agenda 2010* den sozialpolitischen Offenbarungseid.

Der Regierungszeit Kohl sind solche sozialpolitischen „Grausamkeiten“ nicht nachzusagen. Im Gegenteil, sechsmal wurden die Fristen für die Gewährung von Arbeitslosengeld (altersdifferenziert) verlängert. Die unpopulären Karenztage bei Krankheit verschwanden wieder in der Versenkung. Als große Neuerung wurde zwar die Pflegeversicherung als vierte Säule der Sozialversicherung eingeführt, aber kein Einstieg in die öffentlich geförderte, kapitaldeckte Rente (Riester) und keine stufenweise Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Obwohl es auch Hartz I (Zeitarbeit), Hartz II (Mini-Job, Ich-AG, Job-Center) und Hartz III (Agentur für Arbeit) gegeben hatte, die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe von der Opposition mitgetragen wurde und die Grünen für die *Agenda 2010* mitverantwortlich waren, blieb im öffentlichen Bewusstsein „Hartz IV“ als Schwarzer Peter an der SPD hängen. Als die SPD 2005 nach 40 Jahren in NRW die Regierungsmehrheit verlor, strebte Schröder Neuwahlen an. Die CDU/CSU gewann mit vier Mandaten Vorsprung vor der SPD.

Der Kurschwenk zur Agenda-Politik

Angela Merkel war 2000 CDU-Vorsitzende geworden, nachdem sie sich in der Parteispendenaffäre gegen Kohl gestellt hatte. Zwei Jahre zuvor war sie von Schäuble gegen den als Vorsitzenden nicht weichen wollenden Helmut Kohl als Generalsekretärin positioniert worden. Bei der Bundestagswahl 2002 verzichtete sie zugunsten von Edmund Stoiber auf die Kanzlerkandidatur. Nachdem Stoiber verloren hatte, konnte sie sich als Oppositionsführerin behaupten und Friedrich Merz ablösen. Merkel konnte man soweit machtpolitisches Gespür attestieren – durch ein Absetzen von ihrem Vorvorgänger im Parteivorsitz Kohl.

Als Familien- und als Umweltministerin hatte sie solche Akzente nicht gesetzt; vielmehr löste sie den etwas zu engagierten Klaus Töpfer als Umweltminister ab. Im Blick auf spätere Entwicklungen ist ihre Positionsbestimmung aus einer Rede im November 2004 bedeutsam: „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert.“ Sie verwendete dabei den Begriff „deutsche Leitkultur“ und kritisierte den mangelnden Integrationswillen von Muslimen. Als Oppositionsführerin während der Regierung Schröder II trug sie die *Agenda-Politik* mit. Diese Unterstützung und die über den Bundesrat aktive Mitgestaltung der *Agenda-Politik* durch die CDU unter Merkel könnte man als Kursschwenk nach der passiven Kohl-Ära interpretieren.

Regierung Merkel I: Die CDU-Vorsitzende wird neue Kanzlerin

Nach einem Maximum der Arbeitslosenquote in 2005 von 11 Prozent (West) und 20,6 Prozent (Ost) nahm diese in den Folgejahren stetig ab und lag bei Ausbruch der Finanzkrise 2008 schon bei 7,6 bzw. 14,6 Prozent. Die neue Regierung unter Merkel erntete so die Früchte, die ihr Vorgänger mit der *Agenda 2010* gepflanzt hatte. Die Steuereinnahmen stiegen in diesen drei

Jahren um 24 Prozent – ein Füllhorn, aus dem sich nicht nur die nach der Wiedervereinigung aufgehäuften Schulden abbauen sondern auch neue Wohltaten finanzieren ließen.

Die Familienministerin im Kabinett Merkel I, Ursula von der Leyen, führte gegen den Widerstand konservativer Politiker aus CDU/ CSU das Elterngeld ein und förderte den Ausbau von Krippenplätzen. Diese Politik wurde zwar von SPD und Grünen unterstützt, war aber nicht das Ergebnis eines Koalitionskompromisses, sondern originäre CDU-Politik. Es war eine mehrheitsfähige Politik, da in vielen Haushalten Frauen arbeiten wollten bzw. mussten, und sie es in den neuen Bundesländern ohnehin gewohnt waren. Aus ökonomischer Sicht ist die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen nur zu befürworten, reduziert sie doch den Altenquotienten und nutzt sie die Bildungsinvestitionen in Mädchen und Frauen. Man könnte diese Politik als Anpassung an die Demografie, aber wohl nicht als Kurschwenk nach links beschreiben, widerspricht es doch dem Frauenbild, das Konservative islamischen Einwanderern vorwerfen.

Regierung Merkel II: Die christlich-liberale Wunschehe

Waren im Herbst 2008 noch die sozialdemokratischen Minister Steinbrück („Wir sagen den Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind“) und Scholz (Verlängerung des Kurzarbeitergeldes) die Helden der Stunde gewesen, nützte das der SPD bei der Wahl am 27. September 2009 nichts mehr. Die Partei hatte 11,2 Prozentpunkte verloren und mit 23,0 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis eingefahren. Die CDU/CSU war mit dem Verlust von 1,4 Prozentpunkten nahezu stabil geblieben. Dazugewonnen hatten Grüne, Linke und besonders die FDP, die mit 14,7 Prozent ihr historisches Rekordergebnis erreichte. Die Gründe für das SPD-Ergebnis sind hier nicht Gegenstand, sondern einen eigenen Beitrag wert. Wohl konnte die neue Kanzlerin mit ihrer sachlichen Art und als Krisenmanagerin viele Wähler überzeugen.

Die CDU/CSU hatte von der SPD 880.000 Wähler gewonnen und an die FDP 1.140.000 verloren. Die SPD hatte aber in das Reservoir der Nichtwähler 2.040.000 Wähler und an die Linke 1.100.000 und verloren. Es kann also keine Rede davon sein, dass die CDU durch einen „sozialdemokratisierten“ Kurs für das Desaster SPD verantwortlich gewesen wäre.

Die FDP hatte nicht nur die 1.140.000 Unionswähler sondern auch 530.000 SPD-Wähler gewonnen. Der bis zur *Agenda 2010* ungebremsste Sozialstaat stand angesichts beständiger Arbeitslosigkeit im verbreiteten Ruf, falsche Anreize zu setzen und so zu diesem hohen Niveau beizutragen. Eine neoliberale und staatskeptische Haltung war verbreitet. Den geistigen Boden dafür hatten Autoren wie Herbert von Arnim, Paul Kirchhof, Horst Siebert oder Hans-Werner Sinn bereitet. Da das politische Bewusstsein träge ist und den realen Entwicklungen hinterherläuft, wurden die Früchte der *Agenda*-Politik noch nicht allgemein wahrgenommen, zumal die Entwicklung 2009 durch die Finanzkrise unterbrochen wurde. Der FDP-Vorsitzende Westerwelle bediente Ressentiments gegen Hartz IV-Empfänger mit dem Wort von der „spätrömischen Dekadenz“ und konnte 2009 zusammen mit der Bundeskanzlerin deren Wunschkoalition eingehen. Die CDU unter Merkel hatte damit nach vier Jahren Großer Koalition ihr erklärtes Ziel erreicht, wieder eine christlich-liberale Koalition zu bilden.

Atom-Ausstieg mit breiter Zustimmung

Eines der ersten Projekte der neuen Regierung war der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ aus der Atomenergie – eine, wie sich hinterher herausstellte, sehr teure Dummheit. Aber man konnte der Kanzlerin sicherlich nicht vorhalten, sie hätte hier SPD- oder Grünen-Politik betrieben. Der Schock von Fukushima am 11. März 2011 führte zurück zum Atomausstieg. Bereits am 30. Juni 2011 wurde ein entsprechender Gesetzentwurf von allen Fraktionen außer den Linken, die einen noch schnelleren Ausstieg forderten, angenommen. Diese Politik hatte eine große Zustimmung in der Bevölkerung. Auch das war kein Linkschwenk der CDU.

Die Aussetzung (nicht: Abschaffung) der Wehrpflicht unter Verteidigungsminister zu Guttenberg wird Merkel immer wieder als Kurschwenk angerechnet. Bundeswehr und Nationale Volksarmee hatten vor der Wende zusammen ca. 600.000 Soldaten. Teil der Friedensdividende nach Auflösung des Warschauer Pakts war es, die Bundeswehr auf 185.000 Soldaten zu reduzieren – eine Politik, die für die von Wehrpflicht betroffenen absolut mehrheitsfähig war. Man brauchte die Wehrpflichtigen einfach nicht mehr, wenngleich eingewendet wurde, dass Wehrpflichtige ein Reservoir zur Rekrutierung länger Dienender seien. Das war kein Linksschwenk der CDU, sondern schlicht eine Anpassung an veränderte Umstände. Angesichts berechtigter Sorgen, dass sich in einer Armee ohne Wehrpflichtige eher Rechtsextremisten breit machen könnten, war das dann allenfalls ein Rechtsschwenk.

Als sozialpolitisches Projekt der Regierung Merkel I muss das 2013 eingeführte und als „Herdprämie“ verspottete Betreuungsgeld genannt werden, das 2015 vom Bundesverfassungsgericht wieder kassiert wurde. Es wurde gegen den Widerstand von Opposition und FDP, die sich dem Koalitionskompromiss beugte, durchgesetzt. Wenigstens kann man nicht behaupten, dass die CDU unter Merkel nicht versucht hätte, die konservative Vorstellung von der „Frau am Herd“ zu verwirklichen.

Mit Besonnenheit durch die Finanzkrise

Über eine weite Strecke wurden die Regierung Merkel II und die Öffentlichkeit mit der Euro-Krise beschäftigt. Einige, vornehmlich südeuropäische Länder der Euro-Zone, voran Griechenland, waren im Zuge der Finanzkrise in eine Schuldenkrise geraten. Es ging unter zeitweise dramatischen Umständen darum, diese Länder zu stabilisieren, nicht nur aus europäischer Solidarität, sondern auch um einen Domino-Effekt zu verhindern, der Deutschland hätte mit in den Strudel reißen können. Besonders gefordert war der deutsche Finanzminister Schäuble, da Deutschland einerseits selber helfen konnte, aber andererseits falsche Anreize (monetäre Staatsfinanzierung u.a.) verhindern musste. Es war in dieser Gemengelage nicht immer auseinanderzuhalten, was taktische Verhandlungsposition und was politische Zielsetzung sein sollte, wodurch auch bei Parlamentariern bisweilen politische Verwirrung entstand. In dieser Zeit entstand auch die um einige Wirtschaftsprofessoren gegründete Partei AfD.

Heute muss man konstatieren, dass die deutsche Regierung unter der Kanzlerin Merkel wesentlich dazu beigetragen hat, die europäische Union und den Euro nicht nur zu retten, sondern auch zu stabilisieren. Mit ihrem besonnenen Engagement für Europa setzte sie das Werk ihrer Vorgänger, der CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Adenauer und Kohl fort. Eine Auflösung der Euro-Zone hätte auch nicht die Zustimmung der Bevölkerung gehabt.

Regierung Merkel III: Koalitionskompromisse im Wirtschaftsaufschwung

Die Wähler hatten am 22. September 2013 wieder nur eine Große Koalition ermöglicht. Die FDP hatte fast 10 Prozentpunkte verloren und flog aus dem Bundestag. Die CDU/CSU legte um 7,7 Prozent zu, aber nicht auf Kosten der SPD – wie denn auch nach einer christlich-liberalen Koalition? Sie gewann vielmehr 2.110.000 Stimmen von der FDP und 1.130.000 an Nichtwählern. Die SPD legte mit 25,7 Prozent leicht zu; ihr wiederum enttäuschendes Ergebnis verdankte sie nicht etwa einer „Sozialdemokratisierung“ der CDU, sondern eigener Kraft. Die neue AfD verfehlte mit ihrer Euro-Opposition knapp die Fünfprozenthürde und speiste sich nicht nur aus Wählern der CDU, sondern aus allen Parteien ungefähr gleichermaßen.

Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote hatte sich seit dem Regierungsantritt der Kanzlerin Merkel 2005 von 11,7 auf 6,9 Prozent in 2013 reduziert, die Anzahl der Erwerbstätigen sich von 39,2 Mio. auf 43,2 Mio. erhöht. Die Steuereinnahmen waren im selben Zeitraum um jahresdurchschnittlich 4 Prozent angestiegen. Manches soziale Problem hatte sich so erledigt, und die

marktliberale Westerwelle-Rhetorik verfiel nicht mehr. Den Effekt von 2009, dass nach Großen Koalitionen die Opposition gestärkt wird, gab es für die FDP auch nicht mehr.

Die SPD projizierte ihren Misserfolg auf die Merkel-CDU und tat sich mit einem Wiedereintritt in eine Regierung Merkel III schwer. Sie setzte hohe Hürden, darunter die Einführung eines Mindestlohns, der von der CDU zuvor immer abgelehnt worden war. Arbeitsministerin Nahles führte 2015 den Mindestlohn ein, und der befürchtete Rückgang der Beschäftigung blieb aus. Der einzig messbare Effekt war eine Produktivitätssteigerung; mit dem marktwirtschaftlichen Instrument der Preissetzung wurde so nicht nur eine sozial unerwünschte Ausbeutung ausgeschaltet. Der Mindestlohn war ursprünglich als Pendant zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV) geplant, um so das Lohnabstandsgebot für Lohnersatzleistungen auch von oben her zu unterstützen, wurde aber wegen Bedenken der Gewerkschaften zur Wahrung der Tarifautonomie mit der *Agenda 2010* zunächst nicht verwirklicht.

Die sprudelnden Steuerquellen erlaubten der Regierung Merkel III weitere sozialpolitische Maßnahmen wie die „Mütterrente“, eine „Rente mit 63“ nach 45 Beitragsjahren und die Steigerung der Erwerbsminderungsrente. Diese rentenpolitischen Maßnahmen trugen zum Teil die Handschrift eines Koalitionskompromisses. Sie sind aber auch wie die „Mütterrente“ originär traditionelle Unionspolitik, die die Nicht-Erwerbsbeteiligung von Müttern honoriert.

Abendländische Werte in der Flüchtlingskrise

Nachdem mehrere Staaten, darunter Deutschland, das seine Beiträge 2014 halbierte, ihre Zusagen an das UNHCR nicht eingehalten hatten, kam es zu akuten Versorgungsengpässen (Hunger) in den Flüchtlingslagern um Syrien. Das löste im Sommer 2015 eine Flüchtlingswelle nach Europa aus, von der Deutschland im europäischen Vergleich (pro Kopf) weit überdurchschnittlich viele Menschen, zeitweise unkontrolliert aufnahm. Nach einer zunächst weit verbreiteten Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung blieben die Probleme nicht aus, und die allgemeine Stimmung kippte nach der Silvesternacht 2015. Nach dem EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 ebnete die Flüchtlingswelle ab, und der Zuzug ist heute kontrolliert. Das Wort der Kanzlerin „Wir schaffen das“ wurde trotz Zweifeln letztlich eingehalten. Dem voraus ging ein intensives, nationales und internationales Krisenmanagement, währenddessen Fehler begangen wurden und es zu Belastungen für die deutsche Bevölkerung kam. Besonders besorgniserregend war die reale Gefahr des eingeschleppten, islamistischen Terrorismus.

Das Thema füllte Schlagzeilen und soziale Medien weit stärker als man es aufgrund des tatsächlich nur am Rande oder meist gar nicht beeinträchtigten Alltagslebens der Bevölkerung hätte erwarten können. Die entsprechende Demagogie der mittlerweile nicht mehr nur rechtspopulistischen, sondern in Teilen schon rechtsradikalen AfD verfiel besonders in den östlichen Bundesländern. Das Thema hielt sich trotz abflauenden Flüchtlingsstroms und wurde dominierendes Wahlkampfthema des Sommers 2017. Die SPD setzte sich nicht von der der Kanzlerin zugerechneten Politik ab – und nahm damit eine Rolle wie die Grünen bei der *Agenda*-Politik ein: Sie war mitverantwortlich, wurde aber nicht mitverantwortlich gemacht.

Die Politik der Bundesregierung war eine humanitäre Notreaktion auf eine Krise, die man durch gekürzte Beiträge an das UNHCR mitverursacht hatte. Es handelte sich nicht um einen politischen Kurswechsel der CDU, sondern um eine Reaktion auf ein unvorhergesehenes Ereignis auf der Basis christlicher und europäischer, sprich: abendländischer Werte. Diese Reaktion wurde im Sommer 2015, im Moment dieser Reaktion, von der Bevölkerung auch mit großer Mehrheit befürwortet.

Regierung Merkel IV: Doch noch einmal mit der SPD

Am Wahlabend des 24. September 2017 hatte die CDU/CSU mit 32,9 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1953 eingefahren. Erheblich hinzugewonnen hatten AfD (plus 7,9 Prozentpunkte)

und FDP (plus 5,9 Prozentpunkte). CDU/CSU hatten 1.360.000 Stimmen an die FDP und 980.000 an die AfD verloren. Aber 4.900.000 Wähler oder 83 Prozent ihrer Stimmen hatte die AfD aus anderen Quellen gewonnen. Die AfD verdankte ihre Stärke also keineswegs nur der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin. Ihre Erfolge in den östlichen Bundesländern decken sich mit der Analyse des Politologen Philip Manow (*Die politische Ökonomie des Populismus*, 2018), wonach populistische Parteien dort erstarken, wo es in der Vergangenheit Erfahrungen mit hoher Arbeitslosigkeit gegeben hatte. Fremdenfeindliche Ausschreitungen gab es im Osten auch schon 1991 in Hoyerswerda oder 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Die Flüchtlingskrise reicht nicht zur Erklärung des AfD-Erfolges aus; dahinter stecken tiefere, soziale Ursachen, die lediglich auf die Zuwanderer projiziert werden.

Die SPD erreichte mit 20,5 Prozent ihren nächsten historischen Tiefstand und verlor an alle Parteien, nur kaum an die CDU/CSU. Die SPD lag vor der Wahl schon am Boden und ist auch bei dieser Wahl nicht wieder hochgekommen. Der Ausfall des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz im Wahlkampf, die Kanzlerin betriebe „asymmetrische Mobilisierung“, fiel auf die SPD selbst zurück. Es gab für die CDU nichts mehr zu „sozialdemokratisieren“. Die SPD hatte so auch nicht mehr viel zu verlieren, als sie sich doch auf eine Große Koalition einließ, nachdem die Merkel-CDU aber zunächst lange über eine Jamaika-Koalition verhandelt hatte.

Das Job-Wunder hatte sich mit dem Zuwandererstrom fortgesetzt. Die Beschäftigtenanzahl war bis 2017 auf 44,1 Mio. angestiegen und die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote auf 5,7 Prozent gesunken, die ostdeutsche auf 7,6 Prozent. Volle Kassen erlaubten weitere sozialpolitische Maßnahmen wie die erstmalige staatliche Bezuschussung der Pflegeversicherung, Leistungsverbesserungen im Gesundheitswesen und die Einführung der zweifachen Haltelinie für die gesetzlichen Rentenversicherung, teilweise Ergebnisse des Koalitionskompromisses.

Immobilienpreise und Mieten steigen in Phasen stärkerer Zuwanderung besonders. Hinzu kommt die durch Niedrigzinsen induzierte Vermögenspreisinflation. Das deutsche Mietrecht kennt seit 1917 Beschränkungen des freien Marktes, um Mieter vor Kündigungen und Mieterhöhungen zu schützen, die 1971 reformiert wurden und seither auch unter CDU-Kanzlern Bestand haben. Deshalb ist es nicht unverständlich, das Mieterschutzrecht in Zeiten exorbitant steigender Mieten im Koalitionskompromiss mit der Option einer Mietpreisbremse zu ergänzen. Unverständlich bleibt hingegen, warum es unter diesen Bedingungen nur in Hamburg gelingen sollte, einen Wohnungsbauboom auszulösen. Aber das ist weitgehend Kommunal- und nicht Bundesangelegenheit, Herr Müller, Herr Reiter, Herr Feldmann (alle SPD).

Wieder eine Krise: Die Corona-Pandemie

Den Rest der Legislaturperiode bestimmte weitgehend die Corona-Pandemie mit Lockdown-Verschärfungen und -Lockerungen, Impfstoffbeschaffung, Steuererleichterungen, Hilfen an Unternehmen, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, Aussetzen der Schuldenbremse u.a.m. – und mit einem großen, erstmalig kreditfinanzierten Investitionsprogramm der europäischen Union. Alles im weitgehenden Einklang mit Koalitionspartner und Oppositionsfraktionen (außer AfD) und mit europäischen Partnern. Wo sollte da ein Kursschwenk möglich sein, wenn der Kurs zwischen überall auftauchenden Ungeheuern hindurch noch gar nicht festliegt?

Die Mär ist ein Märchen

Die Mär (neudeutsch: das Narrativ) vom Kursschwenk der CDU unter ihrer Vorsitzenden Angela Merkel kommt aus zwei Richtungen: Konservative, die 2012 zur AfD übergelaufen waren, erzählen sie, um so ein Feindbild zur Gewinnung von Anhängern aufzustellen. Aber auch Sozialdemokraten erzählen diese Mär, um so die eigene Unzulänglichkeit bei der Anhänger mobilisierung auf das Feindbild zu projizieren.

Es hat aber gar keinen Kursschwenk gegeben. Vielmehr hat die CDU mit ihrer Kanzlerin auf veränderte Umstände und auf Krisen reagiert, bisweilen neuartig und überraschend, so neuartig und überraschend, wie die veränderten Umstände und Krisen eben waren. Sie hat sich dabei von den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft sowie von abendländischen Werten leiten lassen, die selbst dem historischen Wandel unterliegen. Angelika Merkel hat sich den Herausforderungen der neuen Zeiten gestellt und sich damit allerdings erkennbar von der bräsigen Selbstgefälligkeit ihres Vorgängers Kohl abgesetzt. Dabei hat es, wie könnte es anders sein, auch Fehler und nationale wie internationale, politische Kompromisse gegeben, und es wurden auch finanzielle Spielräume dem Koalitionskompromiss preisgegeben.

In jedem Falle war diese Politik mehrheitsfähig. Das war aber kein Opportunismus, sondern ein Mitgehen mit dem insgesamt modernisierten gesellschaftlichen Konsens. Widerlegt ist zum einen die These vom Linksschwenk der CDU, mit dem rechts von der CDU Platz für die AfD geschaffen worden sei. Für das Erstarken der AfD gibt es andere, soziale Gründe, die lediglich auf die Flüchtlingsthematik projiziert werden. Zum anderen ist die These von der „Sozialdemokratisierung“ der CDU widerlegt, mit der der SPD das Wasser abgegraben worden sei. Nein, die SPD hat ihren Niedergang wirklich aus eigener Kraft bewerkstelligt.

D12-7

Die schöne neue Welt der Lastenfahrräder

Ulrike Trebesius

In den zentral gelegenen Stadtgebieten Hamburgs sind immer mehr Lasten-Fahrräder unterwegs. Meist gefahren von Eltern (nicht selten sogenannten Spätgebärenden, denn ein Lastenfahrrad ist nicht ganz preiswert), die verblüffenderweise ihre Kinder unbesorgt vor schlecht gefedertem Fahrwerk oft über hohe Bordsteinkanten oder Kopfsteinpflaster durch die Gegend fahren und sich dabei offensichtlich hipp und woke fühlen. Straßenverkehrsregeln gelten selbstverständlich nur für andere. Und so schimpft Muddi auch schon mal dem Rentner hinterher, der bei Grün die Fußgänger-Ampel überquert und nicht schnell genug aus dem Weg springt, wenn sie rücksichtslos durch die die Straße überquerende Menschenmenge lenkt, ohne auch nur zu bremsen. Die Kinder, die im vorgebauten Sperrholzkasten mit angstverzerrtem Gesicht sitzen wie der Pirat im Ausguck, lernen hier gleich, wie das gemeinschaftliche Miteinander praktiziert wird, wenn das Rad mit dem Bug voran als Waffe eingesetzt wird.

Gemäß dem praktischen Fahrwerk ist die Bekleidung der Fahrennden oft ebenfalls durch praktische Aspekte geprägt. Man trägt – insbesondere in diesem kühlen und regnerischen Sommer in Hamburg – Regenkleidung sowie die üblichen modischen Insignien ökologisch geprägter Bürger. Niemand wäre früher auf den Gedanken gekommen, die notgedrungen schlecht frisierten Fahrer dieses ungelenken Gefährtes als cool zu bezeichnen. Nein, man hätte sie einfach Spießer genannt. Ungeschminkt, schlecht gekleidet und doch mit einem neuen Selbstbewusstsein ausgestattet. Was früher bestenfalls für ein Lächeln, ob dieses spinnerten Vehikels, dass viel Platz wegnimmt, die Kinder zuverlässig ins Schleudertrauma bringt und wahrscheinlich schlecht zu steuern ist (soweit ich das im schnellen Vorbeifahren aus dem Diesel beurteilen kann), ist heute total angesagt! Früher hätten besorgte Mütter diskutiert, ob dies dem zarten jungen Gehirn des Sprösslings zugemutet werden soll, heute ist man stolz, die Brut auf Nasenhöhe zu den Auspuffgasen zu transportieren. Nun ist meine Tochter 23 und soweit ich

beurteilen kann, ist ihr Gehirn in tadellosem Zustand (sie würde niemals die Grünen wählen). Doch ich wäre vor Scham im Boden versunken, mit solch mittelalterlichen Gefährt unterwegs gewesen zu sein. Und sie wahrscheinlich auch. Sie saß in einem sicheren TÜV-geprüften Kindersitz in einem Auto, dass im Zweifelsfalle mit einer Knautschzone schlimmeres verhindert hätte. Mein Zugeständnis war damals, vom Rennrad aufs Mountainbike umzusteigen, um gemeinschaftlich durch Feld und Wald fahren zu können und sich an Flora und Fauna zu erfreuen. Aber was weiß ich alte weiße Frau schon.

Ich stelle mir andere Fragen, wenn ich die Lastenfahrrad-Fahrer in Eppendorf und Winterhude weiträumig umfahre. Ich frage mich, ob die Fahrer demnächst zu den Mooren am Rande Hamburgs aufbrechen werden, um Torf zu stechen, den sie dann in ihren schicken Gründerzeit-Wohnungen verheizen. Torf ist vielleicht mehr Bio als Kohle und früher hat man das ja auch so gemacht. Wenn auch aus anderen Gründen. Offensichtlich sehnen sich viele Menschen wieder in eine Zeit zurück, in der die Welt und das Leben beschwerlich war. In eine Zeit, wo man die Kohlen-Briketts aus dem Keller in den 5. Stock schleppen musste, um den Kachelofen einzuheizen. Vielleicht sollten wir auch zu Gaslaternen zurückkehren und uns im Hinterhof Hühner halten. Es sind romantische Vorstellungen, die in einer Zeit, in der Modernisierung, Digitalisierung und Globalisierung für Verunsicherung zu sorgen scheinen den Wunsch nähren, dass früher alles besser war. Mit Fahrrädern und Einkaufsnetzen und dem Bio-Bauern, der seine schmutzigen Wurzeln an ein Publikum verkauft, das glaubt, nur eine überteuerte von Erdbrocken umhüllte Möhre kann ein wertvolles Lebensmittel sein. Es ist wohl der Wunsch nach einer übersichtlichen Welt, in der die Produkte vermeintlich aus der Region kamen, der Wald noch heil und das Klima noch gesund war. Es ist ein Zurück in eine Zukunft, die eigentlich eine Vergangenheit ist, an die sich kaum mehr jemand erinnert. So etwas kann in dieser Form nur in einer satten Gesellschaft gedeihen, die niemals Mangel und niemals Not litt.

Was die neuen Spießer übersehen, ist ihre begrenzte Sicht auf die Welt. Denn so waren es während der Lockdown-Phasen in erster Linie diese woken Menschen, die lautstark in die Hamburger Naturschutz-Gebiete einfielen, um die Maikätzchen-Zweige abzureißen, sich mit Picknick-Decken auf geschützten Wiesen niederzulassen, während die schreiende Kinderschaar die brütenden Vögel aufschreckte.

Sie übersehen, dass sie keinen Bezug zur Natur haben. Sie übersehen, dass man vielleicht im Stadtzentrum so leben kann, aber nicht auf dem Land. Sie übersehen, dass die Sojamilch, die sie abends mit Avocado und Chia-Samen, mit Kimchi-Salat und Matcha-Eis genießen, eben nicht mit der Segeljolle übers Meer gebracht und dann vom Hamburger Hafen aus mit dem Bike zum Bio-Händler an der Ecke gefahren wurden, sondern immer noch per Schiff und LKW transportiert werden mussten. Mit Schwerdiesel betrieben.

Die Lastenfahrräder mögen gut gemeint sein, doch sind sie ein Symbol der vermeintlichen eigenen Überlegenheit von Menschen, die ihre Kleingeistigkeit kultiviert haben und damit zum ersten Male eine Stimme in diesem Land haben, verkörpert von Annalena Baerbock.

Ich fahre dann nach Büroschluß mit meinem Diesel in meine Wohnung am Stadtrand, lade in Ruhe meine Steaks und meinen Rotwein aus und lese Aldous Huxleys „Brave New World“. Ein jeder nach seiner Façon.

Koalitionstheater und Regierungsbildung

Jörn Kruse

Wenn im Oktober 2021, im November oder gar noch später die Minister der neuen Regierung zum Gruppenfoto antreten, werden sie behaupten, dass die Wähler das so gewollt hätten. Das klingt zwar gut in demokratischen Ohren, entspricht aber nicht der Wahrheit. In einem Parlament mit sechs Fraktionen, deren Sitzverteilung es vermutlich erforderlich machen wird, dass sich drei Fraktionen zu einer Mehrheitsregierung zusammenfinden, wird die Regierung nicht von den Bürger gewählt, sondern von den Parteifunktionären ausgehandelt. Noch viel weniger Einfluss haben die Bürger auf die Personen auf dem Gruppenfoto, also auf die Minister. Deren Rekrutierung ist noch undurchsichtiger und im Ergebnis fragwürdiger.

In den 50er- bis Anfang der 90er-Jahre, als der Bundestag im Wesentlichen aus drei Fraktionen bestand, hing es vor allem von der Entscheidung der FDP-Funktionäre ab, ob die CDU/CSU oder die SPD die Regierung anführte, was stark unterschiedliche politische Folgen gehabt hätte. Grundsätzlich werden Koalitionsverhandlungen in einer Parlamentarischen Demokratie umso schwieriger, je mehr Fraktionen mitmischen. Das Gleiche gilt, wenn Parteien, die (z.B. aufgrund ihrer extremen Positionen) nicht für „regierungs-geeignet“ gehalten werden, viele Stimmenprozente erringen (gegenwärtig vermutlich ca 11% für die AfD und 7% für die Linke). Letzteres war in den letzten Jahren oft das Problem ostdeutscher Länderparlamente.

In der gegebenen Situation in Deutschland sind für eine Koalitionsbildung zwei Bedingungen relevant:

- (1) Mehrheitsbedingung. Eine formale (bzw. numerische) Bedingung ist die Mehrheit der Sitze im Parlament. Dies ist eine harte Bedingung, wenn die beteiligten Fraktionen eine Mehrheit der Parlamentssitze zur Voraussetzung einer Koalition machen. Es wäre nur eine weiche Bedingung, wenn sie auch eine Minderheitsregierung in Betracht ziehen würden.
- (2) Eine inhaltliche Bedingung besteht in einer hinreichenden Überlappung der Programme der Parteien. Eine harte Bedingung wäre es, wenn jede Partei fordert, dass alle ihre Programmpositionen in das gemeinsame Regierungsprogramm übernommen werden. Dies ist jedoch meistens unrealistisch, sodass sich die Koalitionsverhandlungen um die weichere Bedingung drehen, die wichtigsten Programmpunkte durchsetzen zu können, ohne bei anderen wesentlichen Punkten „Kröten schlucken“ zu müssen.

Jede Wählerstimme ist ein Blanko-Scheck für die gewählte Partei. Da es sich in den Parlamentarischen Demokratien immer um Ex-post-Koalitionen handelt,⁴ weiß ein Wähler bei der Stimmabgabe -- insbesondere bei diversen prospektiven Koalitionsmöglichkeiten wie im Herbst 2021 -- oft nicht, was die von ihm gewählte Partei in den Koalitionsverhandlungen „mit seiner Stimme macht“. Das heißt er „kauft die Katze im Sack“. Eventuell muss er ex post zur Kenntnis nehmen, dass er auf bestimmten Politikfeldern de facto inhaltliche Positionen

⁴ Das heißt, eine Koalition wird erst nach der Parlamentswahl gebildet, wenn die Wähler ihre Stimmen bereits abgegeben haben und die Sitzverteilung im Parlament feststeht. Eine Ex-ante-Koalition wäre es, wenn sich die Koalitionen vorher gebildet hätten und sich als Ganzes den Bürgern zur Wahl stellen, wie es in der Demokratische Reformkonzeption der Fall ist. Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 120ff.

gestärkt hat, die er tatsächlich ablehnt. Er hätte diese Partei möglicherweise gar nicht gewählt, wenn er diese Verhaltensweise vorher gekannt hätte.

Während sich die Parteien vor der Wahl aus Gründen des Politikmarketing und zur Verbesserung der späteren Verhandlungspositionen möglichst stark voneinander abgrenzen, müssen sich einige von ihnen nach der Wahl zusammenfinden, um sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm (Koalitionsvertrag) zu einigen. Die Erwartung ist, dass sie anschließend im Parlament bei allen Themen gemeinsam abstimmen.

Koalitionstheater

Ein wesentliches Problem für die Koalitionsverhandlungen resultiert daraus, dass die Parlamentswahl eine bestimmte Sitzverteilung erzeugt, die einzelnen Fraktionen bereits eine pauschale Machtposition gibt, die für alle politischen Themen des Parlaments gilt. Diese Sitzverteilung bestimmt die (theoretisch) erfüllbaren Mehrheitsbedingungen und damit die Verhandlungspositionen. Sie kann von einer Fraktion evtl. (das heißt bei einer bestimmten Sitzarithmetik) als Vetoposition genutzt werden. Alle mit solchen Koalitionsbildungen verbundenen inhaltlichen und taktischen Positionierungen und Verhandlungsprozesse gehören zu dem, was hier pauschal als „Koalitionstheater“ bezeichnet wird.⁵ Dazu gehören im Übrigen auch die eventuellen taktischen Positionierungen von Parteien vor der Wahl, die im Hinblick auf mögliche Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen erfolgen.

Die beiden Koalitionsbedingungen (Mehrheitsbedingung und inhaltliche Bedingung) sind im konkreten Fall evtl. nicht gleichzeitig erfüllbar. Dann muss entweder (a) die Mehrheitsbedingung „flexibler“ gehandhabt werden, z.B. indem die Option einer Minderheitsregierung⁶ einbezogen wird oder indem man in besonderen Fällen die Koalitionsdisziplin aufhebt (Escape-Klausel)⁷, um nicht gleich die ganze Regierung zu Fall zu bringen oder (b) die Fraktionsvertreter müssen bei der inhaltlichen Bedingung eine ausreichend große Kompromissbereitschaft zeigen.

Zur Erfüllung der Mehrheitsbedingung müssten sich in einzelnen Fällen evtl. Parteien mit stark unterschiedlicher Programmatik zusammenfinden. Dabei werden dann oft bestimmte Themen ausgeklammert oder eine überfällige Problemlösung zieht sich über weitere Jahre hin, sodass die Handlungsfähigkeit der Regierung und damit die Reformfähigkeit der Gesellschaft beeinträchtigt wird. Je länger die Koalitionsverhandlungen dauern,⁸ desto länger bleibt der Staat ohne eine politisch handlungsfähig Regierung, was erhebliche Nachteile im Inneren und nach außen zur Folge hat.

⁵ Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 100.

⁶ Die Regierungsbildung kann gegebenenfalls durch Minderheitsregierungen erleichtert werden, die in vielen europäischen Ländern üblich und zum Teil recht erfolgreich sind. Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 104ff und S. 127ff. Diese wurden von den Akteuren in Deutschland bisher auf Bundesebene weitgehend ausgeschlossen. Für das Parlament bedeuten Minderheitsregierungen jedenfalls eine erhebliche Aufwertung und eine größere politische Relevanz, weil die Mehrheit bei einem bestimmten Thema nicht wie in der Parlamentarischen Demokratie von vornherein feststeht, sondern erst das Ergebnis der Parlamentsprozesse und Debatten ist.

⁷ Eine eingebaute Escape-Klausel erlaubt einer Partei in bestimmten Fällen von der Koalitionsdisziplin abzuweichen. Eine solche gab es zum Beispiel bei der 2020 gebildeten ÖVP-Grüne-Regierung in Österreich.

⁸ Im Zuge des Anwachsens der Zahl der Parlamentsparteien dauerten die Koalitionsverhandlungen tendenziell immer länger. In den letzten 20 Jahren dauerte es 2002 30 Tage von der Wahl bis zur Regierungsbildung, 2005 65 Tage, 2009 31 Tage, 2013 68 Tage und 2017 sogar 172 Tage, also fast sechs Monate. Demgegenüber ist die Regierung in der Demokratischen Reformkonzeption am Tag nach der Wahl handlungsfähig. Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 121.

Um die Regierungsstabilität nicht zu gefährden, fordert der Koalitionsvertrag von allen beteiligten Fraktionen in der Regel eine „Koalitionstreue“, das heißt, dass sie immer so abzustimmen, wie die Koalition insgesamt beschlossen hat. Dies bedeutet für eine Partei nicht selten, anders zu handeln, als sie es vorher den Wählern versprochen hat.⁹ Dieser Anspruch gibt im Vorwege jeder Regierungsfraktion eine Vetoposition. Allerdings kann die Koalitionstreue auch dazu führen, dass bei einem Thema eine eigentlich breite inhaltliche Mehrheit des Parlaments von einer kleinen Minderheit ins Gegenteil verkehrt wird.¹⁰

Werden die falschen Minister berufen?

Die wichtigen operativen Entscheidungen des Staates werden von der Regierung getroffen. Die zuständigen Minister verantworten große Teilgebiete der Politik, haben dort erhebliche Macht und vertreten diesbezüglich den Staat nach innen und nach außen. Es ist offensichtlich, dass die Bürger bisher keinerlei Einfluss darauf haben, von welchen Ministern sie regiert werden. Die meisten Bürger dürften die Forderung unterstützen, dass jeweils diejenigen Personen die einzelnen Ministerposten übernehmen sollten, die auf dem betreffenden Gebiet nicht nur die Präferenzen der Bürger vertreten, sondern auch besonders fachkundig sind. Bei der gegenwärtigen Art der Regierungsbildung sind wir von diesem Ideal allerdings weit entfernt.

Nicht selten werden Personen zu Ministern ernannt, die ausweislich ihres Lebenslaufs mit den fachlichen Themen ihres neuen Ressorts bisher nur wenig oder gar nichts zu tun gehabt haben. Im letzten Kabinett Merkel gibt es davon eine größere Anzahl. Ein fachlicher Background, der über juristische Kenntnisse hinausgeht, ist oft nicht ersichtlich. Stattdessen scheinen die Parteien zu glauben, dass jeder Politiker alle Ministerposten ausfüllen könnte. Dies wäre jedenfalls sehr ungewöhnlich, wenn man es mit den Führungskräften in anderen Bereichen der Gesellschaft vergleicht, die vorher meistens über mehrere Jahre auf diesem Gebiet gearbeitet, Fachkompetenzen erworben und Erfahrungen gesammelt haben.

Die Probleme beginnen schon damit, dass in den Koalitionsverhandlungen jeder künftigen Regierungspartei nach Macht- und Prestige-Gesichtspunkten bestimmte Minister-Portfolios zugeteilt werden, die diese unabhängig von der Verfügbarkeit einschlägig qualifizierten Personals weitgehend nach parteispezifischen Interessen besetzen kann. Die Führungspersonen der Regierungsparteien entscheiden über „ihre“ Minister nach parteipolitischer Opportunität, wobei fachliche Gesichtspunkte hinter persönlichen und taktischen Überlegungen zurücktreten.

Dabei spielen zahlreiche Aspekte eine Rolle, die mit der individuellen Qualifikation für einzelne Ministerposten nichts zu tun haben. Dazu gehört insbesondere die formale Repräsentierung von Teilgruppen verschiedener Art, z.B. regionale Herkunft, Zugehörigkeit zu einer innerparteilichen ideologischen oder Interessengruppe, Geschlecht, Religion, langjährige Parteiarbeit etc. Noch wichtiger sind oft die persönlichen Beziehungen. Die Angehörigen der Seilschaften der Spitzenpolitiker werden nicht selten Minister, auch ohne einschlägige Fähigkeiten

⁹ Dann führt eine Koalition zu einer mehr oder minder großen „Verfälschung des Wählerwillens“ und damit ggf. zu einer geringeren Repräsentativität. Die Minderung der Repräsentativität ist dann quasi der Preis für die Handlungsfähigkeit der Regierung. Vgl. Kruse (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 96ff.

¹⁰ Angenommen, die Parteien A und B haben jeweils 45 % der Sitze und Partei C nur 10 %. B und C bilden eine Koalition. Wenn C die Ablehnung eines Projektes, das von A und B unterstützt wird, als „Preis“ für die Regierungsbildung (und ggf. als Kompensation für Zugeständnisse bei anderen Themen) im Koalitionsvertrag erreicht hat, siegt durch die Koalitionstreue im Ergebnis die Meinung einer 10 %-Fraktion über eine „eigentliche“ 90 %-Mehrheit im Parlament. Das ist quasi das Gegenteil von Repräsentativität. Eine solche Situation ist kein theoretisches Konstrukt, sondern in Parlamentarischen Demokratien bei Koalitionsregierungen auch praktisch relevant.

und Erfahrungen nachgewiesen zu haben. Sehr gut qualifizierte Politiker, die nicht dem „richtigen“ Netzwerk angehören, bleiben nicht selten unberücksichtigt.

Ein Hauptgrund für die eher nachrangige Behandlung der fachlichen Qualifikation der Minister besteht darin, dass die Parlamentswahlen zum Zeitpunkt der Kabinettsbildung bereits stattgefunden haben und die nächsten (psychologisch) noch weit entfernt sind. Die Funktionäre der Regierungsparteien können das Postenverteilen dann weitgehend unter sich ausmachen. Ministerernennungen werden nicht vorrangig als eine Voraussetzung für eine gute Regierungspolitik betrachtet, sondern wirken eher wie das Verteilen der Beute nach einer Wahl und der Koalitionsbildung. Viele Einzelfälle legen den Eindruck nahe, dass Ministerposten vor allem Belohnungen für persönliche und parteipolitische Loyalität sind.

Dies wird auch dadurch ermöglicht, dass die Minister (anders als in den USA und in der EU) vor der Ernennung keiner Anhörung oder einer anderen Begutachtung durch das Parlament unterliegen,¹¹ bei der deren Eignung diskutiert werden könnte, oder dass sie gar vom Parlament *ad personam* bestätigt werden müssen. Wäre das auch bei Bundesministern der Fall, bestünde ein stärkerer Anreiz für die Regierungsparteien und den Bundeskanzler, besonders qualifizierte Ministerkandidaten zu präsentieren.

Wahl der Regierung und der Minister in der Demokratischen Reformkonzeption

In der Demokratischen Reformkonzeption werden das Parlament (als Gesetzgeber) und die Regierung (als zentraler Akteur der operativen Politik) unabhängig voneinander von den Bürgern gewählt. Koalitionsverhandlungen sind für die Regierungsbildung nicht erforderlich. Damit entfallen auch die damit verbundenen Probleme (Koalitionstheater).

Das Parlament erfährt eine deutlich Aufwertung und hat eine höhere politische Relevanz, weil die Regierung sich für jedes neue Gesetz, das sie für erforderlich hält, um eine Mehrheit bemühen muss. Während in einer Parlamentarische Demokratie ab dem Zeitpunkt der Regierungsbildung alle Parteien, die daran nicht beteiligt sind, quasi ins Abseits gestellt werden, weil ihre Meinung *de facto* irrelevant ist, wirken in der Demokratischen Reformkonzeption die Abgeordneten aller Fraktionen mit.

Um die Regierung konkurrieren in der Demokratischen Reformkonzeption mehrere Parteien und/oder Parteienkoalitionen. Sie treten jeweils mit einem inhaltlichen Regierungsprogramm und mit einem personellen Angebot für die Positionen des Bundeskabinetts (Kanzler, Fachminister) vor die Wähler. Die Qualifikation der Kabinettsmitglieder wird Gegenstand fachlicher und medialer Erörterung sein. Wenn keine Kandidatengruppe im ersten Wahlgang eine Mehrheit erreicht, entscheidet eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten. Am Tag danach ist die Regierung handlungsfähig.

¹¹ In den USA benötigt jeder Minister, der vom Präsidenten vorgeschlagen wird, die Zustimmung des Senats, wobei der Abstimmung eine Anhörung vorausgeht, in der inhaltliche, fachliche und persönliche Aspekte Gegenstand der Befragung sein können. Vor der Ernennung von Kommissaren (also den ministerähnlichen Mitgliedern der EU-Kommission) findet eine Anhörung der Kandidaten im EU-Parlament statt, die die persönliche und fachliche Eignung betreffen können. Es wird zwar nicht über jeden einzeln abgestimmt, aber über die Kommission als Ganzes, sodass das EU-Parlament jeden Kommissarskandidaten verhindern kann, indem es die gesamte EU-Kommission ablehnt und damit einen überarbeiteten Personalvorschlag erzwingt.